

# Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Dresden  
Sabon & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Verlagsamt: Behr, Günther, Dresden  
und Schöfische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Beleglohn mit den wöchentlichen Beleglohn  
"Nach der Arbeit" und "Voll und Zeit" für einen halben Monat 1 M.  
Einzelnnummer 10 Pf.  
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schreibzeitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-  
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.  
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonparallogelle  
30 Pf., die 90 mm breite Reklamelle 1,50 M. für ordentliche An-  
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Verleumdungs-  
40 Proz. Rabatt. Für Verleumdungen 10 Pf.

Nr. 26

Dresden, Montag den 1. Februar 1926

37. Jahrg.

## Die sächsische Lösung

Der Parteitag der sächsischen Sozialdemokratie, der am Abend und Sonntag tagte, nahm einen guten Verlauf. Es ist zu hoffen, daß er die Sozialdemokratische Partei in Sachsen ein gutes Stück vorwärts bringen wird.

Der erste Tag der Verhandlungen wurde ausgefüllt durch ein großzügiges Referat des Genossen Edel über den organisatorischen Ausbau der Partei in Sachsen. Von allen Seiten ist es möglich gewesen, die sächsischen Organisationen fest und hartgefaßt zu erhalten, und trotz aller politischen Wirren wurde auf vielen wichtigen Gebieten wertvolle Pionierarbeit geleistet, die ihren vollen Wert erst dann erhalten wird, wenn die Folgen des Sachsenkonflikts überwunden sein werden.

Teilgebiete sind erschlossen worden, die noch vor kurzem unbesiedelt waren; die Partei hat ihren Einfluß auf neue Interessensphären ausgedehnt und vertieft. Aber alle Welterwartung der Funktionäre, alle organisatorische Kraftanstrengung würde doch nutzlos verfliegen, wenn es nicht gelänge, die politische Atmosphäre in Sachsen zu reinigen und der Parteigenossenschaft neues wertvolles Material wiederzugeben, das unerkennbar ist, wenn es verlorengeht: das Vertrauen in die Partei. Der Parteitag unterrichtete die Ausführungen über die sächsischen Verhältnisse.

Der zweite Verhandlungstag war vor allen Dingen der Behandlung des Sachsenkonflikts gewidmet. Hundertlang harrten Hunderte von Parteigenossen auf den Redebühnen in der Hoffnung, daß endlich das erlösende Wort gesprochen und mitgeteilt werden könne, daß ein Weg zur Lösung des Sachsenkonflikts gefunden sei. Um so freudiger wurden die Mitteilungen des Vorsitzenden Lipinski entgegengenommen, aus denen hervorging, daß bei den Verhandlungen, die in den Instanzen geführt wurden, ein befriedigendes Ergebnis erzielt sei. Um nicht alle Wunden wieder aufzureißen, würde das Referat des Genossen Wirth über die Arbeit der Fraktion abgelehnt, da man damit rechnen mußte, daß in diesem Falle die Diskussion über das Verhalten der Fraktion und der Regierung einleiten würde. Als einziger Referent nahm Genosse Arzt das Wort, der in seinen mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen die politischen und sozialen Kernprobleme der Zeit behandelte. Das Meer der Erwerbslosen mit Millionen angefüllten und gerade in solchen Zeiten müßte der Gegensatz zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien besonders scharf hervortreten. Die Sozialdemokratie die der Erwerbslosen mit dem Abbau der Löhne und der Sozialkosten und die Erhöhung der Arbeitszeit die Lage der Arbeiterklasse noch mehr verschärfen. Deshalb wachte jetzt innerhalb des Proletariats die Abneigung gegen eine Koalition mit den bürgerlichen Parteien.

Dann ging Arzt auf den Sachsenkonflikt ein und dabei konnte er die erfreuliche Erklärung abgeben, daß es nach langen Verhandlungen geglückt sei, eine Lösung zu finden. Die sozialdemokratische Fraktion des Landtags hat sich bereit

erklärt, im Landtag energisch vorzutreten, um die Not der Massen, soweit das nur irgend möglich ist, zu mindern. Dieses Resultat des Parteitages wird von der ganzen sozialdemokratischen Arbeiterschaft im Lande mit Freuden begrüßt werden. Die Parteigenossen im Lande sind des Streits in eigenen Lager müde und sie verlangen mit Recht angesichts der jäheren Not der Massen, daß sich ihre Führer zusammenfinden zu gemeinsamem Handeln und alle Meinungsverschiedenheiten und Streitigkeiten unter sich beizulegen. In hohem Grade wird es die Massen der Arbeiter drängen im Lande befriedigen, daß die Genossen von der Mehrheit der Fraktion das von ihnen verlangte Beispiel von Disziplin geben wollen. Jetzt werden wir auch erreichen können, so führte Arzt mit Recht aus, daß die bisherigen Genossen der Fraktionsmehrheit wieder einrücken in die breite Kampffront der Parteigenossen. Damit wäre etwas Bedeutendes für unsere Partei erreicht, denn bei den kommenden Kämpfen gilt es alle Kräfte zusammenzufassen. Niemand darf abseitsstehen.

Es ist nur zu natürlich, daß sich auch diesmal die bürgerliche Presse der Dinge bemächtigt. Man hat gehört, hat hier und da etwas aufgeschwappt und daraus für seine Leser einen Brei bereitet, in dem Nichtiges und Halbes gar emsig durcheinandergewirrt ist. Wir brauchen uns darüber nicht aufzuregen, denn seit jeher hat es die bürgerliche Presse in dieser Weise getrieben. Aus den Äußerungen der bürgerlichen Presse klingt sehr deutlich die Sorge um die so viel geliebte sächsische Koalition heraus. Der Dresdner Anzeiger sucht den Dreiunderzwanzig gut zuzureden und tut so, als ob er sich gar nicht denken könnte, daß die Abgeordneten der Wahrheit Parteidisziplin üben. Das Blatt schreibt:

Und was geschieht nun? Können die Dreiunderzwanzig, die noch vor acht Tagen erklärten, daß sie hier nicht mitmachen können, heute das Gegenteil tun? Die Entscheidung für sie wird gewiß schwer sein, aber man sollte doch meinen: nicht so schwer, daß sie nicht so ausfiele, wie sie allein vor Volk und Staat zu verantworten ist. Und warum halten wir es für falsch, das geistige Spiel in Dresden einzusetzen, als es es verdient. Es wird allen Parteien zu empfehlen sein, Vorbereitungen zu treffen für neue Wahlen, die ja im Herbst doch kommen müssen und die heisse Arbeit bedeuten werden, aber man braucht schließlich auch nicht gleich alles nervös zu sein und zu meinen, der frühzeitige Tod des Sächsischen Landtages sei heute schon entschieden.

Der Anzeiger hofft noch immer darauf, daß die Dreiunderzwanzig sich nicht den Wünschen ihrer Partei fügen, sondern so tanzen werden, wie es den Leuten gefällt, deren Sprachrohr der Anzeiger ist. Dieses Liebeswerben des Dresdner Anzeigers ist, so glauben wir, für die Dreiunderzwanzig nicht angenehm. Ist doch nur zu gut bekannt, wie arbeiterfeindlich gerade dieses Blatt im Grunde genommen ist. Der Dresdner Anzeiger mißt den Dreiunderzwanzig eine Handlungsweise zu, die ihnen jeden Rest von Vertrauen und Ansehen bei ihren Parteigenossen nehmen würde. Wir halten es für ausgeschlossen, daß diese Bemühungen des Anzeigers und der hinter ihm stehenden Kreise an dem Lauf der Dinge etwas ändern werden.

dessen Aufzeichnungen in jeder Zeile den Kampf gegen verwerfliche Triebe, verbunden mit krankhafter Aufblähung göttlichen Selbstherrschertums, erweisen, besteht nach des Herausgebers eigenen Worten in der Vereinfachung des Märchens, daß Ludwig II. einer Intrige der Nebenlinie zum Opfer gefallen ist. Dieses Märchen (und lange Zeit unter dem bayerischen Landvolke Gläubige. Eine Folge der Intimität von den Regierungen, der Schule, der Geistlichkeit und der Presse verbreiteten Lehre des Gottesgnadentums und der Seligkeit der Person des Monarchen. Der bayerische und auch der deutsche Untertanengeist war für diese Lehre ein aufnahmefähiger Boden. Da die Königinmutter auch noch an seiner Bearbeitung tätig war, erkrankte es natürlich ihnen an dem Fall Ludwig II., der ein unglücklicher und kranker Mensch war, die Abberaubung und Sinnlosigkeit des von der politischen Wirklichkeit verdrängten Königtums für unsre Zeit zu demonstrieren.

## Der Termin für das Volksbegehren

Vorausichtlich Anfang März

Sie dem Reichsdienst der Deutschen Presse berichtet wird, erwartet man in politischen Kreisen, daß als Termin für das Volksbegehren in der Frage der Fürstenerwerbungen voraussichtlich die Zeit vom 3. bis 17. März bestimmt werden wird. Die Veröffentlichung des Termins unter gleichzeitiger amtlicher Publikation des eingereichten Gesetzentwurfs erfolgt im Reichsanzeiger. Die Zahl der Eintragsstellen für sämtliche deutsche Gemeinden wird auf rund 1 Million geschätzt. Da die Prüfung und Abhaltung der Liste längere Zeit erfordert, kann nicht damit gerechnet werden, daß vor Anfang April festgestellt wird, ob die Voraussetzungen für einen Volksentscheid vorliegen.

Eine genaue Festlegung des Termins durch das Reichsministerium des Innern ist bisher noch nicht erfolgt.

## Ein Volkstempel

J. Köln, 31. Januar. (Vg. Drabik.) Auf einer sozialistischen Kreisversammlung in Köln wurde am Sonntag Abg. Sellmann über die Bewegung über den Volksentscheid unter der Losung „Nur Einheitsfront“ zu führen. Das gemeinsame Vorgehen der sozialistischen Organisationen sei entscheidend für Erfolg könne die Aktion nur haben, wenn sie sehr weit über die sozialistische und kommunistische Partei hinaus getrieben werde. Es gehe um keinen Parteistampf, es müsse ein Volkstempel werden. Alle freischützlich geachtet und wachsam kritisch empfindenden Menschen müßten zusammenstehen, wenn das darobende Volk über die Annahme der Fürsten siegen wolle.

## Gewaltige Volkstungebungen

Am Sonntag fanden in mehreren Großstädten Kundgebungen gegen die Fürstenerwerbungen statt, die gewaltig besucht waren. Telephonate melden uns aus Königsberg, daß dort große Säle überfüllt waren. Scheidemann sprach für das Reichstheater. In Kiel sprach Löss, worauf ein gewaltiger Demonstrationsschrei folgte.

## Landesväter

D. Der Herzog Albrecht von Württemberg hat die Zeit für gekommen, in das Konzert der deutschen Fürsten um ihre „Rückfindung“ mit einem recht kräftigen Brummhau einzustimmen. Er ist zwar Württemberg's größter Grundbesitzer, hat drei Schlösser, 38 Domänen, die in der besten Gegend des Landes liegen, vorzügliche Waldungen, Weinberge und einige Häuser in Stuttgart. Auch besitzt er als Generalfeldmarschall eine recht erhebliche Pension; aber jetzt will er zu seinen drei Schlössern noch einen Teil des neuen Residenzschlosses haben und die in der Hauptstadt Gemäldegalerie befindliche Gemäldesammlung Garbini-Prang, d. h. die wertvollsten Gemälde der staatlichen Galerie, außerdem alljährlich eine runde Summe „Abstandsgeld“. Die Forderungen des Herzogs Albrecht bedeuten also nichts anderes als die Ausplünderung der Stuttgarter Museen und eine Verabschaffung von jährlich mehreren hunderttausend Mark.

Ein anderer „deutscher“ Herzog, der berühmte Koburger Landesherr, hat, wie aus Koburg berichtet wird, keine Ansprüche an seine Untertanen auf — den Vertrag von Versailles fundiert! Am 12. März 1917 war nämlich durch den damals regierenden Herzog Graf Eduard von Koburg ein Hausgesetz erlassen, demzufolge die englischen, belgischen und portugiesischen Kanalen des herzoglichen Hauses von der Erbfolge ausgeschlossen sein sollten, da eine derartige Erbfolge dem „beredneten nationalen Empfinden der Bevölkerung“ widerspreche.

Dieses nationale Empfinden der gothischen Bevölkerung scheint sich nach Auffassung des Reichsbesatzes des jetzigen Herzogs, des ehemaligen stramm deutschnationalen Oberpräsidenten Herrn v. Jäger, gewandelt zu haben. Herr v. Jäger erlos in einem Schreiben vom 8. Februar 1921 Einverständnis gegen das Hausgesetz vom März 1917, und zwar unter Berufung auf Artikel 297 und 298 — des Versailles Vertrags! Dieser Artikel bestimmt katastrophal, daß keine „Beinträchtigungen der Rechte der englischen, belgischen und portugiesischen Kanalen des herzoglichen Hauses“ erfolgen dürfen. So und ne die Deutschnationalen vom Bundesfürsten und Oberpräsidenten herab bis zum letzten Reichsanwalt: zuerst der „Vaterlandslose“ Soosdal, der russische General und der englische Prinz — und dann erst das eigene Volk! Wenn es aber zum Prozeß kommt, denn nennt man mit eiserner Stirn — den Schandvertrag von Versailles!

## Wahnsinn und Gottesgnadentum

Wahnsinn bei Großen darf nicht ohne Waise gehen.  
Samlet III 2.

Die Intrigue der Monarchisten, insbesondere die unter dem Patronat des „Hofmarschallamtes“ Rupprechts des Königs in Bayern betriebene, verstaatlichte alle republikanischen Gesinnungen, das Volk immer wieder über die Verlogenheit der Gottesgnadentum liegende der verstaatlichten Königinmutter aufzuklären. Das ist Dienst am Volk und Dienst am Staat! Deshalb weisen wir auf die im Verlag von Rupert Anaderer in Schaumburg erschienenen Tagebuchauszüge des Königs Ludwigs II. hin. Sie erörtern zwar kein neues Material zur Beurteilung des unglücklichen Königs, aber der wesentliche Inhalt dieses „Tagebuches“ wurde schon vor unmitttelbar nach der Statistrophe, vermutlich auf Veranlassung des Breitenreiffers Dr. Sigl, der Deffektivität veröffentlicht. Aber die Beklagung in Münden und die der „nationalen“ Freikämpfer beweisen, wie unheimlich diesen Leuten das Verdrängen des „Tagebuches“ ist. Werden doch ihre Lob- und Selbsteulungen der Königinmutter durch die Erinnerung durchkreuzt. Ein Wahnsinniger 22 Jahre, nicht ein Jahr, den Thron der Wittelsbacher. Und er hätte wahrscheinlich bis zu seinem natürlichen Ableben darauf geachtet, wenn nicht die Ständelei seinen Thron des Gottesgnadentums aus dem Boden der Welt und seine verrückten Pläne in der Luft zerstreut hätte. Das Staatsministerium gezwungen hätte, ein Ende zu machen und das zu tun, was mindestens ein Jahr früher hätte geschehen müssen. Schon im Jahre 1871 hätte Friedrich Wilhelm III. die preussischen Kronprinzen Friedrich Wilhelm III. im Jahre 1871 auf den Thron zu setzen und die Königinmutter absetzen lassen.

zeichnender für den Charakter der unbedingt Königstreuen ist jedoch, daß im Jahre 1876 der ultramontane Reichsrat Baron v. Frankenstein die ihm angetragene Kabinetsbildung ablehnte, weil er Ludwig II. nicht für normal hielt.

So durfte der Wahnsinn des Königs bis zu dem Grade reifen, daß Stallknechte auf die Suche nach neuen Ministern, Friseur nach Hofsekretären geschickt wurden, und Lakaien bei dem König von Schweden, dem türkischen Sultan, dem Schah von Persien, dem Grafen von Paris und Privatpersonen Vamperversuche unternehmen mußten; wobei eine Verpöndung „seines“ Landes oder ein Austausch gegen ein andres von den Sendboten ernsthaft vorgeschlagen werden durfte. Lange genug blieben die stundenlangen Wutausbrüche, die gegen die Dienerschaft verübten Gewalttätigkeiten, die Befehle des Königs, ihm mißliebige Personen — auch Minister — einzubringen und zu martern, ebenso „ohne Waise“ wie sein „freundschaftlicher“ Verkehr mit jungen Stallknechten und Lakaien. Trotz seines krankhaften Triebes blieb der unglückliche König ein „ideal veranlagter Mensch“, dem joga Wahnsinn durch das Entschließen anerkannter ärztlicher Autoritäten und den Sektionsbefund längst notorisch geworden war. Aber sein „Idealismus“ bechränkte sich auf eine krankhafte Nachfolge der drei „großen“ französischen Ludwige — Ludwig XIV., XV. und XVI. — und deren Prachtlust wie seiner Schwärmerei für Richard Wagner. Er lebte nicht über das Verhältnis seines Saalens bis zur Verleugnung hinaus, und endlich einer anerkennenden Persönlichkeit, dem Attribut so vieler wahnsinniger „Großen“.

Der Hauptzweck der Herausgabe dieses „Tagebuches“